

Pressemitteilung

Freiwilligendienste stärken: ASB fordert Rechtsanspruch auf Finanzierung

Berlin/Köln, 11.02.2025 – In seinen Positionen zur Bundestagswahl appelliert der Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e. V. (ASB) nochmals eindringlich an die Politik, die Freiwilligendienste zu sichern und auszubauen.

Über 1.400 junge Menschen leisten jedes Jahr ihren Freiwilligendienst im ASB – sei es im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) oder im Bundesfreiwilligendienst (BFD). Sie unterstützen u.a. in der stationären und ambulanten Pflege, in Kitas oder im Rettungsdienst. Ihr Engagement ist nicht nur ein Gewinn für die Gesellschaft, sondern auch eine wertvolle Erfahrung für ihre eigene persönliche Entwicklung. Doch diese Erfolgsgeschichte ist in Gefahr.

Wir brauchen einen Rechtsanspruch auf Finanzierung der Freiwilligendienste!

Mit dieser klaren Forderung geht der ASB in die politische Debatte zur Bundestagswahl. „Mit jeder Haushaltsverhandlung stehen wir vor der Frage, ob es genug Mittel für die Freiwilligendienste gibt, oder ob wir die dringend benötigten Plätze kürzen müssen“, kritisiert Dr. Uwe Martin Fichtmüller, Hauptgeschäftsführer im ASB-Bundesverband. „Das muss sich ändern. Wer sich freiwillig engagieren will, darf nicht an finanziellen Hürden scheitern.“

Freiwilligendienste in Gefahr: Kürzungen bedrohen das Erfolgsmodell

Seit Jahren steht die Finanzierung immer wieder zur Disposition. Kürzungsdebatten gefährden die Strukturen, die für eine hochwertige Begleitung der Freiwilligen unerlässlich sind. Die Folgen: Es gibt keine verlässliche Planung, deshalb weniger Plätze und letztlich einen Rückgang des freiwilligen Engagements.

Gleichzeitig wird über die Einführung eines Pflichtdienstes für junge Menschen diskutiert. Dr. Fichtmüller hält das für den falschen Ansatz: „Pro Jahrgang kämen mehr als 700.000 Menschen für einen Dienst infrage. Ein verpflichtender Dienst ist für die Gesellschaft also nicht nur teuer und schwer umzusetzen, sondern auch kontraproduktiv. In den sozialen Diensten oder in der Rettung sollten wir auf Menschen zählen können, die sich aus Überzeugung engagieren wollen. In motivierende Beratung für Freiwilligendienste und zielgruppengerechte Informationen zu investieren, zahlt sich am Ende aus. Realistisches Ziel kann eine Verdopplung der Zahl der Freiwilligen sein.“

Das fordert der ASB:

- einen Rechtsanspruch auf Finanzierung eines Freiwilligendienstes,
- umfassende Beratung motivierter Freiwilliger,
- gezielte Informationskampagnen, um mehr junge Menschen für ein FSJ oder einen BFD zu begeistern.

Das Positionspapier des ASB zur Bundestagswahl 2025 finden Sie unter <https://www.asb.de/application/files/9517/3703/3794/2025-1-6-Positionspapier-ASB-Deutschland-e-V-Zukunft-gestalten-sozial-sicher-nachhaltig.pdf>

**Wir helfen
hier und jetzt.**



Achtung Redaktionen: ASB-Hauptgeschäftsführer Dr. Uwe Martin Fichtmüller steht für Interviews zur Verfügung.

Kontakt:
Diana Zinkler
Fachbereichsleitung Kommunikation und Public Affairs
Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e.V.
Telefon: 030/2325786-122
E-Mail: d.zinkler@asb.de